Presse

AG Verkehr und digitale Infrastruktur

Bahnprojekt Rotenburg-Verden: Investitionen in Lärm- und Erschütterungsschutz

Heute hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages einen Antrag für übergesetzlichen Lärmschutz an der Ausbaustrecke Rotenburg-Verden beschlossen. Die Koalition hat sich auf umfassende Maßnahmen geeinigt, die die Akzeptanz in der Region weiter stärken wird.

***Detlef Müller**, zuständiger Berichterstatter:*

„Mit dem zweigleisigen Ausbau der Strecke Rotenburg - Verden legt die SPD-Fraktion im Bundestag einen weiteren Grundstein für das Gesamtprojekt ‚Optimiertes Alpha-E + Bremen', mit dem wir die Kapazitäten des Schienenverkehrs erweitern und die Hinterlandanbindung der deutschen Seehäfen deutlich verbessern. Ziel ist es, künftig mehr Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern. Dafür müssen wir die notwendige Infrastruktur im Konsens mit den Menschen vor Ort planen und ausbauen, um Konflikte zu minimieren und Infrastrukturprojekte zu beschleunigen."

***Mathias Stein**, zuständiger Berichterstatter:*

„Mit unserem Koalitionsantrag unterstützen wir die betroffene Region mit 101,9 Millionen Euro für übergesetzlichen Lärm- und Erschütterungsschutz sowie tangierende Straßenbaumaßnahmen. Um den Kernforderungen der Region, die im Prozess der frühen Bürgerbeteiligung formuliert wurden, gerecht zu werden, werden wir zudem sowohl die Förderung eines Forschungsprojektes zum passiven Lärmschutz durch ‚Hamburger Fenster' in Höhe von bis zu 11,5 Millionen Euro als auch die Finanzierung der Aufhebung höhengleicher Bahnübergänge über Mittel des Eisenbahnkreuzungsgesetzes in Höhe von bis zu 80 Millionen ermöglichen."

***Kirsten Lühmann**, verkehrspolitische Sprecherin:*

„Die konsensorientierte Zusammenarbeit und der gefundene Kompromiss für zusätzliche Maßnahmen zeigen, wie wir durch konstruktive

Öffentlichkeitsbeteiligung den Ausbau voranbringen und zugleich für mehr Akzeptanz vor Ort sorgen können. Wir wollen mehr Verkehr auf die Schiene verlagern, dabei berücksichtigen wir maßgeblich die Interessen der Anwohnenden und setzen bei diesem und kommenden Projekten auf den gemeinsamen Dialog und die verantwortungsvolle Prüfung von Forderungen.“